

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 76 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,
und der INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS)
Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Deutscher Bundestag
- Petitionsausschuß -
Vorsitzender, Herr Wendt / MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Über E-Mail vorzimmer.pet1@bundestag.de

Eichwalde, den 9. Februar 2019
Az.: Io + EG

Ihr Schreiben vom 12.06.2018, 05.11.2018, 01.02.2019, erh. 08.02.19
Ihr Zeichen: Pet1-19-12-9601-000 230 a

Mein Schreiben vom 7. Oktober 2018 und 22. November 2018

P e t i t i o n "Verkehrsflughäfen und Landeplätze"

zum "Politikerbrief" Stand 1. Mai 2017,

"Europäisches Recht ist umzusetzen ...";

E r i n n e r u n g e n an die avisierte Entscheidung

des Deutschen Bundestages gem. vorgeh. Schreiben;

W i d e r s p r u c h gegen Ihre Ablehnung der

weiteren Bearbeitung der Petition gem. Ihrem Schreiben

vom 1. Februar 2019

Sehr geehrter Herr Wendt,

Ihr vorgeh. Schreiben haben wir mit großem Erstaunen z.K. genommen.

Dies nicht nur deshalb, weil es innerhalb kurzer Zeit nach einjähriger Bearbeitungsdauer schon die 2. Ablehnung der Bearbeitung der Petition zum Inhalt hat, sondern mit Ausnahme der Überschrift ebenfalls jeden Bezug zu geltendem übergeordneten Recht und realen Fakten vermissen läßt - eine schwache Leistung, Herr Vorsitzender!

Ich habe mich deshalb entschlossen, mit diesem Widerspruch recht kompromißlos "Klartext" zu reden.

- 1969-2014 45 Jahre Autor an Volkswirtschaftswissenschaften in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß, Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte, Fachschule für Schweremaschinenbau und Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektrotechnik, Humboldt-Universität zu Berlin, Sech. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Erster mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von heuristischen, Simulations- und algorithmischen Programmen
- 1972, 1974 Pflichtprüfstreger und Hochschulprüfstreger der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mathematik, Physik und technische Physik
- 1990-96 Rechtsreferent und Bearbeiter juristischer Grundvorlesungen im DEUTSCHEN WIEDERBAU (DWB)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit an allgemeinen Rechts- und Sozialfragen im Auftrage des Landesparlamentes Cottbus
- 1953-75 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für entwicklungsbezogene Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zur Thesen Preformulierung" mit der Berechnung möglicher fertigungsbedingter Maßabweichungen für Typen, Sorten und Mengen für Duroplast-Formstücken, HANDE UND HANDBUCH
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus im Austausch Plastverarbeitung (Verhinderung der Einführung des sozialistischen Ort-Toleranz- und Passungssystems inwieweit der Einführung des internationalen ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystems) Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe zur Studie zur Substitution von Metall durch Plast in der Volkswirtschaft i.A. des ASW Berlin (Teil I: Ermittlung erforderlicher Aufgaben für Forschung/Entwicklung und Standardisierung, Teil II: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan, Kosten-Nutzen-Analyse) mit dem Co-Autoren Dr. Wilfried Scheer, Zentrallaboratorium für Plastverarbeitung Leipzig und Dipl.-Phys. Dieter von Straußnitz, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz (statist. Methode) zu nichtmetrischer Toleranz (Least-Once Methode) für Maßketten zur Ermittlung von Fertigungskostenänderung durch größere Bauteiltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastizitätsprozesses von Duroplastformteilen aus Abmaß-Bündelgleichverteilungen, Eröffnungswertung der Rektion Plastverarbeitungstechnik einer der internationalen Fachtagungen IASTP/Plast der Konze der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen fünfjährigen Planes der Sozialisation im Rahmen des Promotionsverfahrens, Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutze der Volkswirtschaft gegen das Sinken des wissenschaftlich-technischen Niveaus (Verhinderung der Einführung der sozialistischen Zuverlässigkeitsmethoden in der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik)
- 1980 Ressortkommissionfassung in FACHBEREICH 29(1981) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Volkswirtschaft von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft mit ökonomischen Skizzen über BEBES FORM an Zentralen Bundes Tisch und Regierung
- 1994/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer (Spekulations-Überschlag) und eines neuen Bretton-Woods-Abkommens (erste Wechselseite) an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages zur Bewältigung von Globalisierungsproblemen noch vor der ERO-Einführung
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den Beitritt zur ERO-Zone an die Bundesregierung und an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen für die Bewältigung der Welt-Energie- und Wirtschaftskrisis sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Botschaftsprozesses Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge, Vorschläge, Ausarbeitungen und Presse-Informationen und -Erläuterungen im Rahmen der EICHWALDE IM FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT in der Bürger-Initiative NOTWEHR Anlieger BER.
In enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM (vgl. <http://berlin-brandenburg-zi.de> sowie www.eichwalde.com und www.brb-av.de)
- 2018 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE UM DIE GEMEINDE EICHWALDE durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

Dies auch deshalb, weil mit diesem Beschluß de facto die gesamte Verantwortung auf das BER-planstellungsbefugte Land Brandenburg, von welchem noch immer keinerlei Stellungnahme vorliegt, abgeschoben wird.

Der Deutsche Bundestag und das Abgeordnetenhaus Berlin haben sich bis jetzt schon ihrer Verantwortung für das BER-Projekt, i.Vbdg. damit auch der Gestaltung der Zukunft und des Erhalts des derzeitigen Berliner Flughafensystems, trickreich aber rechtlich irrelevant entzogen !

Dem Ausstehen jeder Stellungnahme der Exekutiven von Bund und Ländern seit mehr als anderthalb Jahren wurde damit augenscheinlich auch legislativ taktisch Rechnung getragen.

Man könnte meinen, die Ihrem Schreiben beigefügte Beschlußempfehlung zur Ablehnung des Petitionsausschusses beziehe sich nur auf meine "Erinnerungs-Schreiben" zur parlamentarisch noch offenen Behandlung des "Politiker-Briefes" Stand 1.Mai 2017, verfaßt von drei regionalen Bürgerinitiativen, da angeführt wurde, "meinerseits" für die Nichtzertifizierbarkeit des BER-Projektes wegen Rechtsverstößen "nähere Spezifizierungen, die (die) Behauptung (!) begründen könnten" nicht vorgenommen worden seien und der Ausschuß "vor diesem Hintergrund ... nur auf die zutreffenden Ausführungen des BMVI verweisen" könne. Haben Sie diese geprüft ?

Die BMVI-Ausführungen nehmen nämlich nur auf die Zulassung von Alt-Schönefeld SXF Bezug, deren Gültigkeit als Bestandsflughafen nach alliierterem Recht unsererseits niemals angezweifelt wurde, während für den BER, speziell seine Südbahn, aktuelle Vorschriften der ICAO wie das ICAO Doc. 9184, Airport Planning Manual, gelten, welches nicht eingehalten wurde, da es die Ausrichtung von Pisten auf "besiedeltes Gebiet", wie geschehen, verbietet; die vom BMVI als selbstverständlich vorausgesetzte Möglichkeit der "Anpassung ... nach Durchführung erforderlicher Prüfungen" ist deshalb unreal - diese Prüfung kann nicht bestanden werden !

Auch andere Gründe gehen an der Wirklichkeit vorbei, wie

- unsererseits angeblich vorgebrachte "unzureichende Kapazitäten", wodurch der BER nicht zertifizierungsfähig sei" - es ist vielmehr so, daß es dies wegen ICAO-Bestimmungs-Verletzungen als EU-Mindestvorschriften nicht ist, woraus erst die "mangelnde Kapazität" bezüglich nur einer zur Verfügung stehenden Piste (Nordbahn) statt eingeplanter 2 Pisten resultiert !
- Die Finanzierung, zu deren "Spekulationen" sich weder Petitionsausschuß noch Bundestag und BMVI "beteiligen" wollen, war unsererseits mit sachlicher Begründung stattdessen i.Vbdg. mit Bedenken zur Tilgungsmöglichkeit hoher Kredite bei nur möglichem BER-Betrieb auf nur einer Piste

infrage gestellt worden, weshalb zur Sicherheit eine Trennung der FBB GmbH in eine SXF-TXL-Betriebsgesellschaft und eine BER-Projektgesellschaft empfohlen wurde, um wenigstens die Existenz des derzeitigen Berliner Flughafensystems dadurch nicht zu gefährden. Spekulation? Nein: Risiko-Management-Überlegungen!

- Die bundesverfassungsgerichtliche Prüfung hat offensichtlich den behaupteten angeblichen Abschluß der BER-Umweltverträglichkeitsprüfung als gegeben vorausgesetzt, aber nicht geprüft, jedoch wurde diese zwar begonnen, aber nicht mit nachweisbar positivem Ergebnis zum Abschluß gebracht, so daß deshalb das Ergebnis des vorherigen Raumordnungsverfahrens (ROV 1994) weiterhin gilt, welches einen Großflughafen gemäß aktuellem "Masterplan" am Standort Schönefeld ausschließt - Gemeinden klagen bereits dagegen!
- Der BER-PFB ist auch deshalb standortwidrig, weil weder seine eigenen Bestimmungen noch die des ihm zugrundeliegenden "Konsensbeschlusses" von 1996 eingehalten wurden, wie z.B. die U7-Verlängerung nach Schönefeld, jetzt wieder in der "neuen" Diskussion, aber unsererseits schon lange angemahnt.
- Auch Ihre Positionen zu den Volksentscheiden zu Tegel in Berlin und zu dem selbst von Regierung und Landtag gebilligten Nachtflugverbot in Brandenburg sind gem. BROCKHAUS RECHT rechtswidrig, weil Volks-ENTSCHEIDENDE als Entscheide des Souveräns bei Meinungsverschiedenheiten mit der Legislative RECHTLICHEN VORRANG als "übergeordnetes" Recht besitzen, und dies auch gegenüber gemeinsamen Planungsgrundlagen der Länder wie Landesentwicklungsplänen (LEP).
- Ferner widerspricht die Schönefelder Luftverkehrskonzentration u.a. deshalb dem grundgesetzlichen Gesundheitsschutz, weil auch des BVerwG-Urteil von Ende 2012 zur Neuberechnung der Schallschutzzonen zu "alten" (PFB) und "neuen" (DSF) Flugrouten mit Zuschlägen bisher nicht umgesetzt wurde, sondern stattdessen anstelle des versprochenen PFB-Schallschutzes mit "Weltniveau" überwiegend nur Entschädigungszahlungen statt Schallschutzmaßnahmen von der Flughafengesellschaft finanziert wurden
 - die Ausnahmeregelung des PFB wurde für Betroffene zu Standardregelung umgedeutet, mutiert, und dabei war in der PFB-Regelung die nun geplante Verdoppelung der Flugkapazität noch gar nicht berücksichtigt.

Daß die vorstehend angeführten Fakten in einem ausgesprochenen ERINNERUNGS-SCHREIBEN betreffs noch ausstehender Entscheidungen zu einer sehr umfangreichen juristisch-fachlichen Zusendung üblicherweise nicht zum Ausdruck gebracht werden, ist eine Selbstverständlichkeit und geschah deswegen meinerseits auch nicht.

Daß dies Ihrerseits nicht erkannt wurde und in Ihrer Entscheidung Berücksichtigung fand, läßt allerdings darauf schließen, daß

- der "Offene Brief" "EU-Recht ist umzusetzen ..." nicht en detail gelesen wurde oder aber nicht verstanden wurde, und
- man sich um einen Entscheid entsprechend dem offensichtlich geringen Interesse der Exekutive am Berliner Flughafensystem bemühte und man sich dazu eine Argumentation exekutiv-subalternen Art zusammenstellte, welche viele Leser objektiv gem. den vorstehenden Ausführungen nur als "Fake-News-Konglomerat" bezeichnen werden !

Ich gestatte mir deshalb, Ihnen diesbezüglich den aktuellen Schriftverkehr mit dem Abgeordnetenhaus von Berlin beizulegen, da die darin enthaltene Charakterisierung der Arbeit von Teilen der Legislative gem. Schreiben vom 3. Februar 2019 auch als relevant für die Arbeit des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages erachtet werden könnte.

Wir erwarten deshalb noch immer eine Revision Ihrer Entscheidung, wenn Sie wirklich rechtsstaatlichen Grundsätzen zum Durchbruch verhelfen wollen.

Mit freundlichen Grüßen



- i.A. Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT -

A n l a g e n :

- Schreiben des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 14.12.2018 mit Anlagen
- Schreiben vom 20. Januar 2019 an das Abgeordnetenhaus Berlin (mit primär rechtlicher Argumentation)
- Schreiben des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 31.01.2019 mit Anlage
- Schreiben vom 3. Februar 2019 an das Abgeordnetenhaus von Berlin (mit primär politischer Argumentation)